BESCHLUSS

Bauwende – Nachhaltiges ressourcenschonendes Bauen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	16.11.2019
Tagesordnungspunkt:	W Wohnen

Antragstext

Wenn die bis 2050 weltweit neu entstehenden Infrastrukturen nach dem Vorbild des vergangenen Jahrhunderts gebaut würden, d.h. vor allem mit konventionellen Baustoffen wie Zement, Stahl und Aluminium, würden allein dadurch bereits drei Viertel des für die Einhaltung des 1,5° Ziels noch verbleibenden CO2 Budgets verbraucht (WBGU, Hauptgutachten Urbanisierung, 2016)

Situation

Der Bausektor gehört zu den Wirtschaftszweigen mit dem höchsten Ressourcenverbrauch.

Unsere Siedlungs- und Bautätigkeit, also unser Bedarf an immer mehr Wohn- und Gewerberaum sowie Infrastruktur, generiert einen wesentlichen Teil unseres CO2-Fußabdruckes. Die Hälfte unseres Mülls entsteht auf den Baustellen, das waren 215 Millionen Tonnen Bauabfälle in 2016, das Bruttoabfallaufkommen betrug 2016 insgesamt 411 Millionen Tonnen (Quelle: Umweltbundesamt).

Aufgaben

Umweltschutz und gesundes Bauen

Seit Jahren reden wir über Bodenschutz, Umwelt- und Klimaschutz. Doch im Bereich der Bautätigkeit und dem Bauwesen/Bauwirtschaft gibt es angesichts der Riesenherausforderungen viel zu wenige Fortschritte. Ökologische und energieeffiziente Sanierungen, die Senkung des Siedlungsflächenverbrauchs, sowie der Einsatz von umwelt- und klimaschützenden Baustoffen, Bautechniken und regenerativen Energien nehmen seit Jahren nicht zu. Mit unserer gegenwärtigen Bautätigkeit verhindern wir die Umsetzung unserer Klima- und Nachhaltigkeitsziele.

30% unseres Primärenergiebedarfes entsteht durch Heizen, Kühlen, durch die konventionelle Nutzung unserer Gebäude. Dazu kommt noch der Ressourcenverbrauch beim Bauen: Baustoffe und Bauprodukte verursachen einen enormen Transport- und Energiebedarf: Rohstoffgewinnung, Herstellung der Baustoffe, Einbau, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, der stetige Flächenverbrauch und die Entstehung von Müll und Sondermüll ist in jedem Schritt eine planetare Belastung.

Das können wir uns nicht mehr leisten!

2016 setzte das Bauwesen in Deutschland ca. 600 Mio.t mineralische Baurohstoffe ein, überwiegend Primärrohstoffe. „Sand und Kies sind der meistgeförderte Rohstoff der Welt“. (Zitat Umweltbundesamt: https://www.umwelt-im-unterricht.de/hintergrund/baustoffe-ressourcen-und-nachhaltiges-bauen) Jährlich werden 250 Mio.t Sand und Kies sowie 230 Mio.t Naturstein abgebaut. Der Abbau der Rohstoffe geht einher mit Zerstörung von Landschaft, Lebensräumen und Eingriffen in den Wasserhaushalt. Nach Schätzungen werden für diese Tagebaue täglich 4 ha Fläche neu in Anspruch genommen. Für ein Einfamilienwohnhaus sind durchschnittlich etwa 200 t Kies- und Sand nötig. In einem Kilometer Autobahn stecken etwa 30.000 t. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Menschheit jährlich 40 Mrd.t Sand in Anspruch nimmt. Mancherorts haben sich Mafiastrukturen etabliert: Sandlagerstätten und Strände werden dort illegal abgebaggert.

Obwohl viel abgerissen wird, wird nur ein kleiner Bruchteil der Baustoffe recyclet und wiederverwendet. In Deutschland sind die mineralischen Bauabfälle und nicht verwertbarer Aushub mit ca. 202 Mio.t im Jahr die mengenmäßig größte Abfallgruppe. Man könnte diese Abfälle zu 88% für den Hochbau wiederverwenden. Doch es „werden derzeit lediglich 7% der für den Hochbau benötigten mineralischen Primärrohstoffe durch Sekundärrohstoffe substituiert“, so der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Das ist mittlerweile auch ein Kostenfaktor im Bauwesen, denn Recycling käme teilweise günstiger.

Die gegenwärtig fehlende Akzeptanz für den Einsatz von Sekundärrohstoffen beruht auf mangelhaften Märkten, auf befürchtetem Mehraufwand, dem Risiko zusätzlicher Prüfungen, Gewährleistungsfragen und Mehrkosten, die durch unsere deutsche - an Normen und Zuständigkeiten orientierte - Planungs- und Bauweise entstanden sind. Die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft wird am Bau auch durch unterschiedliche länderspezifische Regelungen erschwert. Landesbauordnungen greifen das Thema bisher nicht auf. Die wenigen angebotenen Rezyklate finden bei öffentlichen Ausschreibungen i.d.R. keine Berücksichtigung.

Das BMU schreibt im Deutschen Ressourcenschutzprogramm II: „Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, eine für Verwender transparente Kennzeichnung nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien für alle in Innenräumen sowie für die Gebäudehülle verwendeten Bauprodukte auf einem hohen Schutzniveau zu etablieren. Die Umsetzung soll durch europäisch harmonisierte Prüfnormen zur Erfassung der Emissionen aus Bauprodukten in Innenräumen und der Freisetzung gefährlicher Stoffe aus Bauprodukten in die Umwelt erfolgen.“ Passiert ist bislang wenig.

Die meisten Baustoffe und Ausbaumaterialien enthalten zahlreiche, teilweise höchst problematische, oft gesundheitsgefährdende Hilfs- und Zusatzstoffe. Die von Handwerk, Verbraucher*innen oder Handel geforderten Produkteigenschaften fördern den Einsatz von hochproblematischen Verbundstoffe. In zahllosen zugelassenen Bauprodukten wie Beschichtungsstoffen finden sich vermeidbare Pestizide, Konservierungsmittel und Mikroplastik.

Viele Bauteile wie Türen und Fenster, Fußböden und Abdichtungen, Leitungen und Isolierungen bestehen aus PVC. Diese Bauteile aus halogenierten Kohlenwasserstoffen entwickeln im Brandfall hochgiftige Gase oder verbleiben über Jahrtausende in unserer Umwelt. Wir wollen

und werden den Einsatz von PVC weitestgehend vermeiden, um aus der Chlorchemie auszusteigen.

In Holzwerkstoffen werden teilweise nach wie vor formaldehydhaltige Leime verwendet. PCBs sind immer noch in vielen Schulen und öffentlichen Bauten zu finden und die bromhaltigen EPS-Dämmstoffe vieler Wärmedämmverbundsysteme bereiten Entsorgungsprobleme.

Das sind nur wenige, nach heutiger Rechtslage zulässige, Beispiele für den unkontrollierten Einsatz von Stoffen und Stoffgruppen, deren langfristige Wirkungen noch weitgehend unbekannt sind. Eine vollständige Deklarierung in technischen Merkblättern ist für Baustoffe nicht vorgesehen. Kaum ein Bauherr ist sich dieser Problematik bewusst. Verbaut wird in der Regel, was am günstigsten ist.

Um einen effektiven Schutz unserer Lebensgrundlagen im Sinne des Vorsorgeprinzips zu gewährleisten, müssen ordnungsrechtliche Maßnahmen ergriffen werden, damit umwelt- und gesundheitsschädliche Stoffe nicht uns und unsere Umwelt gefährden.

Urban Mining

Urban Mining ist die planvolle und systematische Erschließung sekundärer Rohstoffpotenziale aus Gebäuden und Infrastrukturen. Der deutsche Gesamtbestand an Gebäuden und Infrastrukturen
(Materiallager)ist mit ca. 28 Milliarden Tonnen ein menschengemachtes Rohstofflager, das partiell nach Nutzungsende wieder dem Recycling zugeführt werden könnte. Im Bestand sind ca.
10,5 Mrd.t mineralische Baustoffe gebunden, ca. 220 Mio.t Holz und ca. 100 Mio.t Metalle.

Die Bereitstellung von hochwertigen Sekundärrohstoffen wird durch diverse Faktoren gehemmt. Komplexe und irreversible Verbindungen und Vermischungen von Rohstoffen und zunehmend problematische Stoffeinträge durch Zusätze und Hilfsmittel, die nur in aufwendigen Verfahren – wenn überhaupt – in ihre Ausgangsstoffe getrennt werden können, sind ein wesentliches Hindernis. Das Baustoffrecycling in qualitätserhaltenden Kreisläufen wird heute nur in wenigen Fällen erreicht. Rohstoffpreise, die nicht die ökologische und soziale Wahrheit über ihre Gewinnung sagen, verhindern rohstoffsparende Praktiken beim Planen, Bauen und Rückbauen. Die stärkere Wiederverwertung von Bauteilen und Baustoffen könnte Arbeitsplätze in den Bereichen Rückbau, Trennung und Recycling von Baumaterialien schaffen. Hierbei handelt es sich in der Regel um Tätigkeiten, die vor Ort ausgeübt werden, sodass lokale Arbeitsplätze im Sekundären Sektor entstehen könnten.

Bauwende

Inzwischen ist klar, dass ein ”Weiter so” das Leben auf diesen Planeten gefährdet. Seit dieser Erkenntnis hat sich im Bausektor erstaunlich wenig verändert. Die Motivation von Regierungen, Industrien, Parlamenten und Bevölkerung dieses Thema ernsthaft anzugehen, bleibt bei der Komplexität der Materie und der undurchdringlichen Zuständigkeit für die Zusammenhänge auf der Strecke. Dabei ist die Unzufriedenheit mit den Lebens-, Arbeits- und Wohnumständen überall zu spüren. In den Metropolen ebenso wie in den ländlichen Räumen. Das
Zusammenspiel aus Bau- und Baustoffindustrie, Normung und Gesetzgebung, Behörden und Verordnungen sowie Wohn- und Arbeitswelten bedarf dringend einer Neuaufstellung unserer

Planungs- und Baukultur auf allen Ebenen. Wir wollen anders bauen, ressourcenschonend und lebensfreundlich. Wir wollen diese Bauwende mit den Zielen der Agenda 2030 voranbringen, gestalten und umsetzen.

Lebenswerte Städte und Dörfer

Die Gestalt unserer Städte und Siedlungen ist wesentlicher Bestandteil unserer Alltagskultur und muss in die Nachhaltigkeitsdebatte einfließen. Unsere gebaute Umgebung prägt uns. Das demokratische Miteinander lässt sich gezielt durch die Gestaltung von Freiräumen, dem Stadtraum und den Aufenthaltsräumen gleichermaßen stärken. Gute öffentliche Räume sind Orte,
wo wir in Vielfalt miteinander umgehen. Sie sind Orte, die sozialisieren. Die Gestaltung des Raumes ist ein Teil unserer materiellen Lebensgrundlagen und sein Erscheinungsbild und Materialität bedarf großer Sorgfalt.

Die Mitglieder einer freien, demokratischen Gesellschaft brauchen Wohn- und Arbeitsräume, die durch städtebauliche und bauliche Qualität Wertschätzung, Gleichheit und positive Gestaltungskraft ausdrücken. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit für die Leistungsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Dienstleistungsgesellschaft.

Unsere Antworten und Forderungen

Ressourcenschonende und nachhaltige Baukultur

Uns Grünen geht es darum, öffentliche Handlungsfähigkeiten zu stärken. Wir fordern von der gesamten Immobilien- und Bauwirtschaft nachhaltiges Handeln ein. Das Prinzip der Nachhaltigkeit muss in allen Fachgesetzen verankert und umsetzbar werden.

Die gesamte Wertschöpfungskette in der Bauwirtschaft – Produktgestaltung, Produktionsprozess, Nutzung und Entsorgung – muss ressourcenschonend werden. Bei Städtebau
und Gebäudeplanung sind Stoff- und Energieverbrauch bei Herstellung und Betrieb sowie das spätere Recycling durchgängig für alle Gebäude zu berücksichtigen.

Wir wollen die Energieversorgung von Gebäuden von fossilen Energieträgern auf erneuerbare umstellen. Mit guten Quartierslösungen kann auch der modernisierte Bestand mit erneuerbaren Energien innerhalb der Städte versorgt werden.

Die Lebensdauer von Gebäuden muss deutlich verlängert werden. Der Abriss und das „Wegwerfen“
von Gebäudesubstanz muss vermieden und die Weiternutzung „grauer Energie“ im Bestand unterstützt werden. Durch Erhaltung bestehender Bausubstanz und auf lange Nutzungsdauer ausgelegte Räume, Konstruktionen, wiederverwertbare Bauteile und Materialien kann die Ressourceninanspruchnahme auf ein verträgliches Maß zurückgeführt werden. Hierfür braucht es
starke Regelungen auf EU-, Bundes- und Landesebene sowie umsetzungsstarke und fachkompetente
Kommunen.

Im Neubau müssen Gebäudeflexibilität und kulturelle Wertigkeit zu zentralen Kriterien werden, um Umnutzungen und Nachnutzungen künftig zu erleichtern. Gebäude sind so zu konzipieren, dass sie die positive Identifikation mit ihnen erleichtern, sie leicht nutzbar

sind und sich Reparaturen einfach durchführen lassen. Das bedarf einer partizipativ geprägten Stadt- und Gebäudeplanung in den Kommunen, bei den öffentlichen wie privaten Bauherren eines hohen Planungsniveaus, sowie flexiblerer Regelungen in den Landesbauordnungen, Arbeitsstättenrichtlinien und in anderen öffentlich-rechtlichen Anforderungen des Planens und Bauens sowie eine Entschlackung der zahlreichen Normen.

Aktuell sind die Erstellungs- oder Instandsetzungs- und Modernisierungskosten eines nachhaltig geplanten und gebauten Gebäudes deutlich höher als die eines billigen „fast Plastics house“. Die Folgekosten der konventionellen Baustoffe und ihr enormer CO2-Abdruck werden im Preis nicht abgebildet. Auf diesem Gebiet Nachhaltigkeit umzusetzen, braucht es daher gerechte Finanzierungsinstrumente und Lastenverteilung mit Blick auf den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes.

Einfamilienhäuser verbrauchen besonders viele Ressourcen, da im Vergleich zum Mehrfamilienhaus der Außenhautanteil sehr groß ist, zudem verschleißen sie extrem viel Bauland und Infrastruktur. Immer neue Einfamilienhausgebiete auf der grünen Wiese treiben den Flächenverbrauch weiter an und führen vielerorts gleichzeitig zu leerfallenden und öden Ortskernen.

Umbaukultur

Für ein ressourcen- und umweltorientiertes Bauen reicht es nicht aus, Energiesparmaßnahmen an Einzelgebäuden vorzunehmen. Die wesentliche Steuerungsgröße liegt nicht im Neubau, sondern im klugen Umgang mit dem Bestand: im Umbau, in Werterhaltungsstrategien. Bestehende
Gebäude binden wertvolle Baumaterialien, Energie und Arbeitszeit. Energetisch betrachtet besitzt jede bestehende Architektur eine eingebaute Existenzberechtigung – alleine dadurch, dass sie vorhanden ist und in ihr materielle und geistige Werte und Energien gebunden sind.

So ist die Weiter- und Umnutzung eines Bestandsgebäudes deutlich ressourcenschonender als das Neubauen. Selbst das zuständige Bundesministerium stellt die Nichtbaulösung an die erste Stelle seiner Planungsgrundsätze. Hier muss die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion deutlicher wahrnehmen und für ihren Bedarf an Gebäuden und umbauter Umwelt vollständige Nachhaltigkeitsbetrachtungen auch über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg durchführen und diese mit einer Umsetzungsstrategie realisieren.

Wir wollen Privilegien für Flächenverbrauch wie das erleichterte Baurecht im Außenbereich (§13b Baugesetzbuch) streichen. Ortskerne z. B. wollen wir mit einen Förderprogramm für die Aktivierung von Leerstand - der Grünen Bauflächenoffensive - wieder beleben und den immer noch viel zu hohen Flächenverbrauch mittelfristig in eine Flächenkreislaufwirtschaft überführen.

Nachhaltiges Bauen

Nachhaltiges Bauen bedeutet eine ganzheitliche Betrachtungsweise einnehmen, über den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerks, beginnend mit der Planung. Der Bund und viele Länder

setzen diesen Gedanken schon schrittweise um. Ziel ist es alle Bauten der öffentlichen Hand nachhaltig zu planen, zu bauen und zu nutzen sowie dieses Wissen auch der Privatwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Hierbei werden Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichzeitig und gleichberechtigt beachtet. Die ökologische Sicht zielt auf eine Minimierung der Umweltwirkungen ab, voran eine Reduzierung von CO2 und des Primärenergiebedarfs, vermeidet gesundheitsgefährdende Stoffe und senkt den Wasser- und Flächenverbrauch. Energieaufwändige Baustoffe wie Stahl und Beton
und auf fossilen Rohstoffen basierende Produkte werden negativ bewertet. Der Einsatz von nachwachsenden oder ressourcenschonend produzierten Baustoffen gestärkt. Viele konventionelle Baustoffe können durch ökologischere Stoffe ersetzt werden, ohne dass Funktionalität und technische Qualität leiden.

Bauen ist und bleibt ein ressourcenintensives Geschäft. Darum ist es wichtig, dass wir die durch Rückbau wieder freiwerdenden Rohstoffe dem Kreislauf wieder zuführen und damit den Abbau und Verbrauch weiterer Ressourcen unnötig machen.

Bei der Bewertung der gesamten Nachhaltigkeit steht der komplette Lebenszyklus des Gebäudes
und seiner einzelnen Bauprodukte im Fokus. Der Lebenszyklus umfasst die Planungs- und Herstellungsphase sowie die Nutzungs- und Rückbauphase. Die Herstellungskosten eines herkömmlich geplanten Gebäudes machen oftmals nur ca. 10-20% Prozent der Gesamtkosten des
Gebäudes über eine Zeitspanne von 50 Jahren aus. Bei einer lebenszyklusoptimierten Bauweise können so die Nutzungskosten gesenkt werden, ohne dass die Herstellungskosten nennenswert steigen.

Die soziokulturelle und funktionale Qualität eines Gebäudes ergibt sich aus Sicherheit, Barrierefreiheit, Schadstofffreiheit und ansprechender Gestaltung. Der Mensch muss der Maßstab der Gebäudeplanung sein.

Alle diese Aspekte sollen grundsätzlich Berücksichtigung beim Planen und Bauen finden. Dabei können Bewertungssysteme als Werkzeuge für die Qualitätssteigerung oder Qualitätssicherung mit Zertifizierung verwendet werden. Dies gilt es nun in die gesamte öffentliche wie private Bauwirtschaft zu transportiert. Es stehen erste Erfahrungen sowie die Werkzeuge und die Methodik zur Verfügung, das Know-how zum nachhaltigen Bauen ist vorhanden und zugängig. Es
braucht den Willen zu Umsetzung.

Für das öffentliche Bauen steht das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen BNB zur Verfügung. Es wird bereits verpflichtend für Neubauten des Bundes und einiger Bundesländer angewendet. Aktuell ist das System begrenzt auf bestimmte Gebäudetypen und auf die Außenanlagen von Bundesliegenschaften. Darüber hinaus gibt es weitere anerkannte und erprobte Zertifizierungssysteme für die Privatwirtschaft wie www.nachhaltigesbauen.de.

Das BNB muss nun für ein breiteres Spektrum von Gebäudetypen der Länder und der Kommunen wie
Krankenhäuser, Kitas, Versammlungsstätten, Sporthallen usw. entwickelt werden. Die Bewertung
der Klimaneutralität muss obligatorisch sein. Die Länder und Kommunen müssen in der Folge

die Anwendung des BNB für alle Bauvorhaben einführen. Die öffentliche Hand hat Vorbildfunktion! Um finanz- oder kompetenzschwache Kommunen zu unterstützen, gilt es, Förderprogramme für Nachhaltiges Planen und Bauen im kommunalen Sektor aufzulegen.

Dabei ist unerlässlich, das Nachhaltige Bauen auch in der Privatwirtschaft zu fördern, um die Bautätigkeit in ihrer gesamten Breite und Tiefe zu erreichen. Anerkannte Bewertungs- und Zertifizierungssysteme für diverse Gebäudetypen stehen zur Verfügung und sind erprobt. Hier können Förderprogramme die Mehrkosten an Planungshonoraren auffangen und so zu einem klimaneutralen und nachhaltigen Gebäudebestandes beitragen.

Mit steigenden CO2-Preisen besteht auch im privaten Sektor ein Anreiz, auf klimaneutrale Energieerzeugung umzusteigen. Hierzu müssen jedoch auch die fossilen Energieträger aus den öffentlichen Förderprogrammen gestrichen werden.

Neben den Neubauten müssen auch die Bestandsbauten der öffentlichen Hand dekarbonisiert werden. Bei der Erneuerung der Wärmeerzeugung im Bestand muss auf auf regenerative Energieträger umgestellt werden.

Planen und Bauen unter kommunale Kontrolle

Stringente Anwendung der Abfallhierarchie Reuse-Reduce-Recycle vor Ort im Baubereich mit Vorgaben und Angeboten zur Weiternutzung, Vermeidung und Wiederverwertung von Gebäuden,
Bauteilen und Baustoffen mit dem Ziel einer deutlichen Reduzierung des Rohstoffbedarfs und des Müllaufkommens im Bausektor insgesamt.

Integrierte Klimaanpassungs-, Ressourcenreduktions- und Nachhaltigkeitsstrategien auf kommunaler Ebene entwickeln, vermitteln und umsetzen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die EU- und Bundesebene widmen muss.

Gesetzlicher Handlungsbedarf im Förder- und Ordnungsrecht

Folgende Maßnahmen sind geeignete Stützpunkte der Bauwende:

- Einführung einer verbindlichen Vorrangregelung für Recyclate im Hoch- und Tiefbau
- CO2-Bepreisung von Baustoffen und -produkten sowie von Heizstoffen
- Entwicklung recyclerbarer Baumaterialien sowie die Weiterentwicklung der Aufbereitungs- und Verwertungstechnologien, Vermeidung nicht recyclerbarer Materialien
- Klare Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für den umgehenden Einstieg in die Kreislaufwirtschaft.
- Den Ländern soll es ermöglicht werden auf Primärrohstoffe, entsprechend der Ausbeutung

von Öl und Gas, eine Abgabe einzuführen, um das Recyclen von Baustoffen lohnender zu machen.

- Einführung der Pflicht zur Volldeklaration aller Inhaltsstoffe in Baustoffen und deren Energiebilanz bei der Herstellung.
- Öffentliche Förderprogramme, steuerliche Subventionen und Qualitätsstandards für nachhaltiges, ökologisches Bauen, dessen Kontrolle sowie ihre sozial verträgliche und baukulturell hochwertige Umsetzung.
- Ressourcenschutz und -effizienz und Nachhaltigkeitsziele zentral in der Musterbauordnung und den Bauordnungen der Länder verankern.
- Energiebedarfsberechnung um den Nachweis „Graue Energie“ (Aufwand zur Herstellung und zum Recycling bzw. Entsorgen) erweitern, negative Berücksichtigung bei Verwendung nicht bzw. schwer recycle barer Stoffe
- Stärkung der unteren Bauaufsichten in den Landkreisen / Bezirken
- Anreize für besonders umweltschonende, kostensparende oder qualitätsfördernde Leistungen schaffen.
- Schutzstatus im Bodenschutzgesetz für unversiegelten Boden mit Festlegung eines bis 2035 auf Netto-Null sinkenden Flächenverbrauchs, der auf Länderebene zu kontrollieren und durchzusetzen ist. Hierfür wollen wir auch ein Klagerecht anerkannter Verbände.
- Programm für flächensparendes Wohnen und Arbeiten, um die bestehenden Flächen besser auszunutzen.